

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur Emil Dittmer)
Korrespondent: Emil Götz, o. Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags o. Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Heraus mit der Kriegszuwachssteuer!

Am 2. Dezember tritt der Deutsche Reichstag erneut für kurze Frist zusammen. Schon werden allerhand Stimmen in der Tagespresse laut über neue Kriegs- anleihen. Da möchten wir die Aufmerksamkeit lenken auf die unbedingte Notwendigkeit, die kapitalistischen Profite während der Kriegszeit durch eine Kriegszuwachs- steuer zu treffen.

Es ist, bei Nicht betrachtet, ein ungeheurerlicher Zustand, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo Hunderttausende ihr Leben das Höchste, was sie zu verachen haben für das Vaterland zur Verfügung stellen, andere sich bereichern auf Kosten der Allgemeinheit. Schlimm genug ist es schon, wenn in Rußland und anderswo unsere Volksgenossen sich von strapaziösen Manövern erdrosseln lassen müssen, weil die Kriegs- und Rüstungsindustrie während der Friedenszeit „international“ war. Hiergegen wird nach dem Siege unter allen Umständen Front gemacht werden müssen und auf eventuelle Verstaatlichung der Rüstungsindustrie hin- zudrängen sein.

Daß aber jetzt nun auch noch den Militärlieferanten Riesengewinne aus dem allgemeinen Staatskader anheimfallen sollen ohne jeden Abzug, erdrosselt uns auf die Dauer als ein geradezu unerträgliches Zustand. Man muß nur mal die Inserate im „Berliner Tageblatt“ und an- derer großer Zeitungen lesen, worin „hoher Profit“, „großer Verdienst“ usw. verheißt wird, wenn man die Militäraus- rüstungs- und Bedarfsartikel zum Verkauf übernimmt.

Zawohl! Es ist jetzt Hochkonjunktur für alle solche Gegenstände, und außer dem Hauptabnehmer Staat sind es zahlreiche Angehörige der Eingezogenen, die in Form von Liebesgaben usw. die hohen Preise wohl oder übel zahlen müssen.

Wir befinden uns übrigens diesmal mit unserer Forde- rung in erfreulicher Übereinstimmung mit der Anstaltung des Organs der Schwer- und Waffenindustrie selber, denn die „Rheinisch Westfälische Zeitung“ schreibt:

„Witten ist heute Trumpf. Am meisten da, wo fordern recht und richtig ist. Unser Heer dranhin kann fordern, daß die Zah- lembelastenden für seine Bedürfnisse zahlen, für seine Wunden den Pentel aufstun, für seine Lieben zu Hause sorgen. Aber als ein, Selbstverständlichkeit, muß es ein Almosen. Durch unser Vorkommen erniedrigen wir unser Heer und verlieren unsere nationale Würde. Es ist ein Mangel an Selbstachtung, eine Unterwürdigung unseres Verantwortlichkeitsgefühls, wenn wir die Summen für unsere Verbandsentlastung, die Hinterbliebenen- fürsorge der öffentlichen Wohltätigen abverlangen. Wir müssen

dafür zahlen, jeder nach seinem Vermögen, nicht nach seinem guten Willen. Denn dadurch schenken wir unser Vermögen, das uns sonst bleibt, nur dadurch erhalten wir unser Heer schlag- fertig.“

„Jeder nach seinem Vermögen!“ Das ist der nämliche Gedanke, der uns leitet bei unserer Forderung. Wir wissen wohl, daß die „Rhein.-Westf. Ztg.“ mit uns die ganze Strecke nicht geben wird, sondern sich mit dem bloßen Appell Genüge sein lassen möchte. Aber wir können solche Halbheit in dieser schweren Zeit nicht aufheizen, sondern halten die konsequente gezielte Festsetzung einer Kriegszu- wachsteuer für ein unbedingtes Erfordernis.

Ebenso würde sich darüber reden lassen, daß eine Er- weiterung der Reichsvermögenssteuer gleich- zeitig vom Reichstag festgesetzt wird, da hier eine steuerrechtlich leicht durchführbare Maßregel möglich wäre, den gesamten Vermögenszuwachs während der Kriegszeit zu erfassen. Hat man in Friedenszeiten oft verständnislos den pro- grammatischen Forderungen der deutschen Arbeiterchaft gegenüberstanden, so ist das Verständnis in diesen vier Kriegsmonaten wohl soweit herangereift, daß nicht mehr die fadenheimigen Einwände aus früherer Zeit angepöbeln werden können.

Es ist in hohem Grade anzuerkennen, daß die Militärb- ehörden an vielen Orten den skrupellosen Profitjägern auf den Fels gerückt sind mit Verordnungen, Strafandrohun- gen und Verboten. Aber das alles ist doch nur Teil- arbeit! Noch heute „blüht“ die Spekulation mit wichtigen Lebensbedürfnissen, wie Kartoffeln usw., noch heute wird der überfüllte Arbeitsmarkt vielfach ausgehöhlt, um Gehalts- und Lohnkurzungen zu erpressen. Diejen den jetzigen Zeit- verhältnissen besonders unwürdigen Manipulationen muß ein Micael von Gesetzes wegen vorgeschoben werden durch die Kriegszuwachsteuer.

Die heißenden und profitierwerbenden Kreise Deutsch- lands müssen erhöhte Opferwilligkeit zeigen wie bisher, denn mit den „freiwilligen Leistungen“ kommen wir nicht genügend vorwärts, sondern mit der gezielten „Eindämmung unseres Verantwortlichkeitsgefühls“. Möge der Reichstag seine Aufgabe klar erkennen und sie zur Aus- führung bringen.

Wenn die arbeitenden Massen ihr Blut opfern, um den deutschen Sieg zu erzwingen, können die Reibenden jetzt nicht unermesslich Profite einheimen!

Die guten Absichten des Berliner Oberbürgermeisters Wermuth und ihre praktische Durchführung.

In der Stadtverordnetenversammlung am 27. August erlärte der Herr Oberbürgermeister anlässlich der Beratung über die Durchführung einer Arbeitslosenunterstützung:

„Wir jetzt keinen Betrieb in ungehemmtem Gange läßt, wer die Zahl der Arbeitslosen nicht vermehrt, sondern vermindert, . . . der leistet dem Vaterlande einen unschätzbaren Dienst, den es ihm nicht vergessen wird.“ Einige der häßlichen Betriebsverwaltungen glauben aber der Anerkennung dem Vaterlande unschätzbare Dienste geleistet zu haben, einzutreten zu können. Beispielsweise die Verwaltung der Straßenreinigung. Hier wurden im August 495 Arbeiter eingesetzt und hierfür wieder ganze 34 Arbeiter eingestellt. Im September liegt die Zahl der Eingezogenen nur 81 auf 579. Die Zahl der Hilfskräfte erhöhte sich um 233 auf 287, so daß noch 216 Arbeiter fehlen. Man wird nicht zu niedrig schätzen, wenn man annimmt, daß an die Familien der Eingezogenen im Durchschnitt ein Viertel des Lohnes als Zuschuß zu den Reichs- und Gemeindeunterstützungen gezahlt wird. Dann kommt die „erfreuliche“ Tatsache für die Verwaltung in die Erscheinung, daß nach der Lohn für circa 100 Arbeiter gespart wird. Die Kosten der Verköstigung der Lohnzuschüsse, diese vielgerühmte soziale Persönlichkeit, wird also durch Ersparnis von Arbeitskräften, von den Arbeitern selbst bezahlt. Diese Praxis wird mehr oder minder in allen Verwaltungen geübt. Sehr bezeichnend ist als Beleg hierfür eine Mitteilung aus dem Berliner Nachrichtenamt vom 29. August 1914. Es heißt dort:

„Durch die Mobilmachung wird den Krankenanstalten, den Armenanstalten, den Hospitälern usw. eine große Anzahl von Ärzten und Pflegepersonal entzogen. Die entbehrenden Stellen müssen naturgemäß zu einem Teil wieder ausgefüllt werden.“

Daneben ist dann besonders in den Armenanstalten verfahren worden. Am 1. November fehlten beispielsweise in Herzberge von 155 noch 25 Pfleger, in Wuhlgärten von 118 noch 31, in Dalldorf von 122 noch 22 Pfleger usw. Auch hier haben die nichteingezogenen resp. neuemgestellten Pfleger die Kriegskosten der Stadt in Form vermehrter Arbeitsleistung und entzogenen Ausgang zu bezahlen. Die schönen Worte und die guten Absichten, arbeitslose Bürger von der Straße zu nehmen, scheitern zum Teil, wie man sieht, an dem merkwürdigen Widerstand der dem Oberbürgermeister nachgeordneten Verwaltungsinstanzen.

Dasselbe Bild zeigt sich auch bei der Regelung und Durchführung der Zahlung von Lohnzuschüssen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter. Der Oberbürgermeister erklärte am 6. August in der Stadtverordnetenversammlung: „Auch als Arbeitgeberin wird die Stadt für die bedürftigen Familien ihrer Arbeiter und Angestellten einzutreten wissen.“ Das Wissen des Magistrats und das der Familien der eingezogenen Arbeiter ist aber ein sehr verschiedenes geworden. Die Arbeiterfamilien wissen heute nur, daß ihre Bedürftigkeit mit einem anderen Maßstabe als die der Beamten und Angestellten gemessen wird. Die Gründe hierfür zu erfahren, wird wohl sehr schwer sein. Die Beamtenfamilien erhalten das volle Gehalt. Die Frauen der Angestellten erhalten entsprechend der Verdienstgattung des Mannes ein Drittel, die Hälfte und nach fünf Jahren drei Viertel des Lohnes. Dazu werden noch die Reichs- und Stadt-Gemeindeunterstützungen gezahlt. In sehr vielen Fällen werden dadurch auch den Frauen der Angestellten drei Viertel, sehr oft der volle Lohn gezahlt. Hier werden die Bezüge der Familien sogar erhöht, wenn während der Kriegszeit eine Gehaltserhöhung fällig ist. Auch unbeschäftigten Angestellten können dieselben Bezüge gewährt werden, wenn sie Eltern oder Familien nahen Verwandten Unterhalt gewährt haben. Ganz anders bei den Familien der Arbeiter.

Zuerst hatte der Magistrat im Mai dieses Jahres verfügt, daß die bisherige Urlaubsvorschrift für die auf Privatdienstverträgen beschäftigten Personen eine Ausmerzung wahrscheinlich „weniger wichtiger“ Leute erlaube. Die Handwerker und die Arbeiter in den Pflege- und Pflanzanstalten usw., die ebenfalls auf Privatdienstverträgen angestellt sind, wurden aus der Urlaubsvorschrift gestrichen. Damit ist für die Frauen derselben bei der Gewährung der Kriegsunterstützungen eine erhebliche Verschlechterung eingetreten. Eine Beschwerde auf Abhilfe, die dem Magistrat übermittelt wurde, ist bis jetzt ohne Antwort geblieben. Nun zu den bedürftigen Familien der eingezogenen städtischen Arbeiter.

Dieserben bei den Löhnen, die die Stadtverwaltung noch zu zahlen beliebt, Durchschnittslöhne von 112 Mk. pro Monat sind leider nichts Seltenes, alle bedürftig sind, ist wohl außer Frage. In der Stadtverordnetenversammlung vom 6. August 1914 erklärte der Herr Oberbürgermeister:

„Das Ziel aller Schritte ist, die zurückbleibenden Angehörigen ebenso auszustatten, als wenn der Ernährer am Platze wäre.“

Die Reichheit guter Absichten haben wir wohl gehört, doch den beteiligten Familien fehlt der Glaube, daß das noch während des Krieges zur Tat werde.

Das Gegenteil hat sich leider in einer ungezählten Zahl von Einzelfällen erwiesen. Wochen- und monatelang haben in einzelnen Verwaltungen die Frauen auf die Gewährung der Zuschußunterstützungen warten müssen. Wir nennen die Verwaltung der Mieselfelder und der Anstalt Herzberge. Im Wasserwerk Müggelsee haben die Familien es monatelang dulden müssen, daß sie, weil der Reichszuschuß zur Reichsunterstützung nicht gewährt wurde, entsprechende Beträge von 9, 15, 21 und auch 27 Mk. zu wenig gezahlt wurden. Es wurde den Frauen sogar für November von dem Reichszuschuß 6 Mk. gekürzt, während sie nur 3 Mk. erhöhte Reichsunterstützung erhalten. Auf eine am 21. Oktober abgeschickte Beschwerde an die Direktion der Wasserwerke ist noch keine Antwort erfolgt. Recht merkwürdig muß es berühren, daß vom November ab aber nur den Arbeiterfrauen von den gewährten Lohnzuschüssen noch die 6 Mk. abgezogen werden, die jetzt für die Frau bei der Reichs- und Gemeindeunterstützung mehr gezahlt werden. Bei den Familien der Angestellten erfolgt die Mürzung nur, wenn die gesamten Bezüge das volle Gehalt des eingezogenen Mannes übersteigen. Sollte der Grund hiervon Recht und Billigkeit von Rechts und Verfügung wegen durch den Magistrat ausgeschaltet sein? Oder haben die Unterstützungskommissionen, vom Personalsache Seite beeinflusst, den Gemeindevorstand vom 3. September 1914 zum Gunsten der Familien der zum Seeresdienst eintretenden Arbeiter ausgelegt? H. A. W. G.

Wie fester haben trotz eifriger Studien nicht finden können, daß dieser Gemeindevorstand mit einem Wort auf die Mürzung der Lohnzuschüsse hinweist. Das kann nur nachträglich hinzugebracht worden sein. Damit sind auch die Familienangehörigen mit ihren Hoffnungen, in den Wintermonaten evtl. 6 Mk. pro Monat mehr zu bekommen, arg hineingelegt worden. Sollte das wirklich das Ziel aller Schritte des Magistrats sein? Ein ganz Teil der Herren Bezirksvorsteher und auch nachgeordneten Verwaltungskommissaren mußte wohl auf dem Standpunkt stehen, daß es überhaupt eine Sünde sei, der Frau eines häuslichen Arbeiters zu der Reichs- und Gemeindeunterstützung noch einen Lohnzuschuß zu gewähren. Anders läßt sich die Tatsache nicht erklären, daß in Tausenden von Fällen Reichswerten angefordert werden mußten, um Erhöhung der Zuschüsse herbeizuführen. Man hat sogar einer Frau, die mit ihrem Lohn gemeinsam den Haushalt geführt hat, die jetzt 23 Mk. Korte zahlen soll, weder für den Einberaumungsmonat den vollen Lohn noch für die Monate September usw. zu ihren 12 Mk. Reichsunterstützung einen Fünfgig Zuschuß gezahlt. Nach dem Gemeindevorstand haben die Unterstützungskommissionen auch in solchen Fällen das Recht, eine Unterstützung bis zu drei Viertel des Lohnes festzusetzen.

In Zweifelsfällen, heißt es weiter, soll die Entscheidung zugunsten der Beamten, Angestellten und Arbeiter erfolgen. Man sieht, die Gesetze der zurückbleibenden Familienangehörigen werden nicht durch die guten Absichten des Herrn Oberbürgermeisters gütig beeinflusst. Ein Teil der Bezirksvorsteher und sonstigen Verwaltungskommissaren fühlt sich berufen, ohne Rücksicht auf den Gemeindevorstand gute Absichten zu durchbrechen. Wenn aber die „schönen Worte, die zurückbleibenden Angehörigen ebenso auszustatten, als wenn der Ernährer am Platze wäre“, Wahrheit werden sollen, und wir haben im Interesse auch unserer notleidenden Familien den dringenden Wunsch, daß es so werden möge, bedarf es noch mancher Taten des Berliner Magistrats.

Wir hoffen, daß dieser Appell an eine loyale Handhabung der festgesetzten Reichslöhne nicht ungehört verhallt. Zerstört wird ein gemeinschaftliches Vorhaben aller Arbeiterausschüsse unerträglich.

Unser Verband in der 13. Kriegswoche.

Die Aufnahme über den Stand am 31. Oktober ist in erheblich erweitertem Umfang erfolgt. Es wurden mitgeteilt: die Zahl der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen, die Zahl der unter verkürzter Arbeitszeit und gekürztem Lohn arbeitenden Mitglieder und die in allen Unterstützungszeigen im Oktober ausgezahlten Beträge. Diese Aufnahme war also eine außerordentlich wichtige. Trotzdem hat wiederum eine große Anzahl von Ämtern nicht berichtet. Wir geben dieselben hiermit unter ihrer Gesamtverantwortung bekannt: Gau Augsburg: Landshut und Pösching; Gau Brandenburg: Pommern; Brandenburg; Gau Düsseldorf: Solingen; Gau Frankfurt a. M.: Friedrichs, Cosiens, Kriehberg und Weklar; Gau Hannover: Verford; Gau Königsberg: Promberg, Elbing, Rosen und Tilsit; Gau Magdeburg: Sondershausen; Gau Mannheim: Domburg, Kirschen und Zweibrücken; Gau München: Maßberg und Tegernsee; Gau Straßburg: Vörrath; Gau Stuttgart: Wöppingen, Dorb und Neulingen. Von den genannten Ämtern haben 8 wiederholt nicht berichtet, für die übrigen 15 wurden die Angaben vom 15. Oktober eingeleitet. Für die an der Ost- und Westgrenze liegenden Ämtern kann man noch Entschuldigungen geltend machen, nicht aber für die übrigen. Am unvollständigsten ist aus dem Gau Frankfurt, Mannheim und Stuttgart berichtet worden. Es muß daher erwartet werden, daß die Gauen sich nun der Sache etwas mehr annehmen. Von anderen Ämtern sind die Berichte mit großer Verspätung eingegangen, wodurch die Zusammenstellung erheblich verzögert wurde. Es wird daher erneut darauf hingewiesen, daß die für die Einreichung festgesetzten Daten auch einzuhalten sind.

Nach der vorliegenden Zusammenstellung ist das Gesamtbild etwas ungünstiger geworden! Die Zahl der Mitglieder ist von 36.717 auf 36.229, also um 488 zurückgegangen. Die Zahl der zum Deere Eingezogenen ist um weitere 218, im ganzen auf 15.262 gestiegen. Der sonstige Mitgliederabgang weist eine Steigerung um 311 auf und beträgt nun 295. Die Angehörigen sind entsprechend der weiteren Entlohnung in gleicher Weise an Zahl geblieben; insgesamt sind 12.099 Aranen und 23.147 Männer zu verzeichnen. Die Zahl der Arbeitslosen hat entsprechend der geringen Steigerung von 3 erfahren und beträgt nun 422. Davon berichtet am 31. Oktober 349 Arbeitslosenunterstützung vom Verband.

Wieder betrüblich ist die Zahl der unter verkürzter Arbeitszeit 2210 und gekürztem Lohn 2371 arbeitenden Mitglieder. Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges machen sich also auch schon in erheblichem Maße in den kommunalen Verhältnissen bemerkbar.

Wir werden daher die weitere Entwicklung nach dieser Richtung aufmerksam zu verfolgen haben.

Die in den einzelnen Unterstützungszeigen im Oktober ausgezahlten Beträge sind recht erhebliche. Die Arbeitslosenunterstützung wird noch eine wesentliche Steigerung erfahren, da vom 15. November ab bei Ausbleiben für jeden Tag der Arbeitslosigkeit Unterstützung gezahlt wird. Einen hohen Betrag hat die Steuerunterstützung trotz Herabsetzung auf die Hälfte bereits erreicht. Ihre weitere Höhe wird zum großen Teil abhängig sein von denjenigen unserer Mitglieder, die in den Kämpfen ihr Leben lassen mußten. Die Familienunterstützung im Betrage von 21.188,60 Mk. macht rund zwei Drittel der gesamten Unterstützungen aus. Auch hier ist durch die weitere Ausdehnung des Verdienstes eine Steigerung zu erwarten. Die Ausgaben für Unterstützungen im Oktober betragen 33.181,07 Mk.; in drei Monaten macht das die beträchtliche Summe von rund 100.000 Mk.! Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß durch den Verlust von 18.067 Mitgliedern die Einnahmen der Hauptklasse stark gesunken sind. Die laufenden Ausgaben und Unterstützungen können nicht mehr aus den Einnahmen gedeckt werden, so daß erhebliche Zuschüsse vom Verbandsvorstand gemacht werden müssen. Die Tendenz der weiteren Entwicklung geht dahin, daß die Einnahmen weiter sinken und die Ausgaben steigen werden. Es gilt also, den Verbandsetat vorsichtig zu bilanzieren und haushälterisch zu wirtschaften. Das ist um so mehr notwendig, da niemand weiß, wie lange der jetzige Zustand noch andauern wird und ob nicht noch schlechtere Zeiten kommen werden.

Wir geben zunächst die Gesamtübersicht aller bisherigen Zusammenstellungen:

Gau	Erwerb des 11. Okt. 1914	31. Okt. 1914	Nicht berichtet hab. 11. Okt. 1914	Nicht berichtet hab. 31. Okt. 1914	Zu über ab-nahme	Zum Deere eingezogene	Angehörige bei eingezogenen Ehe Frauen	Arbeitslose	
15. August	34522	36759	49	5193	1919	10651	8517	19009	531
31. "	34522	36432	20	1157	460	13473	9296	18215	727
15. Septemb.	34522	36617	19	1214	2776	13929	10692	20817	575
30. "	34522	36656	15	518	2779	14569	11508	22117	511
15. Oktober	34522	36747	9	237	2394	15044	11821	22730	459
31. "	34522	36229	8	226	2805	15262	12099	23347	462

Die weiteren Aufnahmen erfolgen jetzt nur noch monatlich. Die nächste findet am 30. November statt.

Nachfolgend die neueste Zusammenstellung:

Stand unserer Organisation am 31. Oktober 1914.

Gau	Mitglieder am 31. Okt. 1914	Nicht berichtet hab. 31. Okt. 1914	Zu über ab-nahme	Zum Deere eingezogene	Angehörige bei eingezogenen Ehe Frauen	Arbeitslose	Zahl der Mitglieder		Som 1. bis 31. Oktober auf Kosten der Hauptklasse ausgegebene Unterstützung		Gesamtsumme								
							an Arbeit-lose	an Arane	an Arbeit-lose	an Arane									
Augsburg	786	536	—	71	179	130	240	9	6	114	114	82 50	70 58	170	—	—	182 50	505 58	
Berlin	9619	6701	—	294	2621	2600	3000	126	110	291	291	892 50	250 70	625	—	—	847	2035 20	
Brandenburg	1022	705	—	73	244	214	500	16	5	16	—	115 75	79 82	140	—	—	269	1184 92	
Bremen	2670	1982	—	77	611	480	1001	13	13	703	703	208 25	156 37	385	—	—	1004	1753 62	
Breslau	1360	710	—	85	565	585	1150	9	7	—	—	60 50	94 38	195	—	—	1424	1773 88	
Dresden	3381	2359	—	156	866	712	1385	22	17	102	29	338	—	212 05	290	—	—	2112 75	2982 90
Düsseldorf	2459	1721	—	163	575	170	1071	11	8	10	10	225 90	110 06	142 50	73	—	—	1151	1702 48
Frankfurt	3109	1997	1	9	179	933	698	1105	9	4	—	250	82 50	165 30	282 50	—	—	277 25	807 64
Hamburg	7075	5054	—	71	2692	1415	2473	85	85	—	—	718 75	175 51	892 50	—	—	774 75	2951 51	
Hannover	1171	831	1	10	42	285	260	512	5	4	—	14 50	81 27	120	—	—	1270 25	1186 02	
Königsberg	1162	333	3	125	99	605	520	1130	—	—	—	—	54 59	30	24	80	1516 59	1625 80	
Köln	3172	2242	—	154	776	670	1355	24	17	157	157	388 25	69 79	922 50	—	—	1444 50	2225 04	
Magdeburg	1596	1193	—	36	367	291	640	4	4	—	—	58 75	132 22	80	—	—	993	1213 97	
Mannheim	1499	1034	—	28	437	345	625	13	7	31	31	106 50	119 87	60	—	—	1569	1855 37	
Mannheim	3326	2189	2	51	99	987	797	180	14	7	—	—	130 75	132 70	195	—	—	388	846 45
München	3368	2474	—	157	735	518	956	24	23	4	4	202 75	83 75	336 25	—	—	841 75	1464 52	
Nürnberg	2618	1289	—	431	898	892	1577	22	15	697	697	242	41 01	447 50	—	—	739 25	1469 70	
Straßburg	1909	941	—	411	554	495	1028	7	7	—	—	105	79 97	112 50	—	—	551 75	849 22	
Stuttgart	2908	1747	1	31	278	852	729	172	5	2	60	60	171	708 51	526	—	—	3312 50	5012 04
Ungersheim	312	185	—	52	75	27	39	44	8	25	25	145 75	—	—	—	—	149 50	335 25	
Summe	34522	36229	8	226	2805	15262	12099	23147	162	349	2210	2371	4289 00	2818 52	4786 25	97	80	21188 60	33181 07

* Gau Bamberg

Deutsche Kulturarbeit oder deutsche Barbarei?

In den „303 Monatsheften“ veröffentlicht Robert Schmidt den nachfolgenden Artikel, der nur eine bescheidene Abwehr bedeutet gegen die ungläublichen Angriffe, wie sie in der Arbeiterpresse des Auslandes jetzt seit Monaten zu finden sind. D. M.

Nach den Bildern und Gesichten, die gegenwärtig im Auslande über unser Tun und Treiben verbreitet werden, könnte es fast scheinen, als würde unsere Kultur mit der der Potofuden ungefähr auf gleicher Stufe, und als könnte nichts Besseres uns geschehen, als unter die Ritzsche der britischen und romanischen Kulturträger zu kommen. Auch die Vorträge des russischen Regiments werden uns nicht mit etwas geringerer Aufdringlichkeit, aber deutlich genug, vor Augen geführt, und es gibt da einige, die in aller Zerknirschung behaupten, mit der russischen Kultur sei es nicht mehr so schlimm, sie spiele nicht mehr die Rolle wie ehemals, und schließlich: ob nicht ob Jaster, das sei kein großer Unterschied. Der „Daily Citizen“, das englische Parteiblatt, meint, die russische Kultur habe mindestens so hoch wie die der modernen europäischen Staaten. Freilich werden ihre Vorträge mit uns Deutschen empfohlen, die wir an nichts Gutes gelehrt sind, der fernere Weiten will denn doch vom Meisten nichts hören: Nun sind wir deutschen Parolen diesen Titel müssen wir, scheint es, im Auslande jetzt endgültig tragen - für diesen freundschaftlichen Rat sehr dankbar. Wir können nur so recht keinen Gebrauch davon machen. Sägt man uns auch gegenwärtig so ein, als ob wir ebenfalls noch für das russische System taugten, für die westeuropäische Kultur aber gar nicht in Betracht kämen, so haben wir doch jedenfalls keine Reigung, uns als die gering Armen behandeln zu lassen, die man nach dem Zuteil der veralteten englischen Armengesetzgebung der dreißiger und vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, möglichst schnell ins Deutsche befördern müsse. Doch nun im Ernst: Vielleicht sind wir nicht ganz unbedeutend an dieser Art der Behandlung; denn wie oft haben wir nicht unseren ausländischen Freunden unsere Leiden vorgetragen und ihnen gegenüber dabei mit unserer Verwunderung der vorzüglichen Einrichtungen des Auslandes nicht gespart. Schließlich hat man dort geglaubt, man habe so turmbau über dem deutschen Himmel, daß die russische Herrschaft noch eine Erlösung für uns darstelle. Da ist es schließlich kein Wunder, daß unseren Fremden im Ausland die Achtung vor ihren eigenen Lehrmeistern abhandeln gekommen ist. Hierüber wird nach Beendigung des Lesens noch mancherlei zu sagen sein.

Das aber nicht für uns sein: Wenn von der Kultur der Völker gesprochen wird, so dürfen wir Deutsche immerhin ein gewisses Wort mitreden. Es gibt sehr viele Kulturgüter, die nicht von einem einzelnen Volk geschaffen wurden, sondern aus allen Kulturvölkern zusammengesetzt sind, die nicht das Eigentum eines einzelnen Volkes, sondern das der Menschheit geworden sind. Und die deutsche Nation kann ohne Bescheidenheit sagen, daß sie keinen geringen Anteil an dieser Gesamterbe hat. Viele Erzeugnisse der Wissenschaft, Kunst und Technik sind heute Gemeingut aller Völker geworden. In allen Kulturstaaten besteht nun eine Leidenschaft der Bevölkerung, die Träger dieser Kultur ist und sich dem vollen Genieß ihrer Erzeugnisse hingeben kann. Aber die Kulturböhe eines Volkes gemißt sich nicht nach dieser Leidenschaft. Will man sie in Wahrheit beurteilen, so muß der Abstand geprüft werden, der zwischen jener Leidenschaft und dem übrigen Teil der Bevölkerung besteht.

Um diese Kulturböhe kennen zu lernen, sei zunächst einmal das Schulwesen betrachtet und ein Vergleich zwischen der Schulbildung der Deutschen „Barbaren“, die heute in Rede stehen, mit der der höheren Nationen gezogen. Darüber erfahren wir folgendes: Von 1000 zum Sechstel sind Eingewanderten waren Analphabeten in Ungarn 617, in Serbien 131, in Italien 306, in Coerreich Ungarn 220, in Japan 62, in Frankreich 20, in England 10, in der Schweiz 7, in Deutschland 0,5. Wir haben also nicht schlecht bei diesem Vergleich, und die Tatsache, daß wir hier weitens an erster Stelle stehen, ist der Beweis für die Natur der Gesamtbevölkerung. Die Schule ist der wichtigste Hebel für die Bildung des Volkes. In einem anderen Land wird so die Fortbildungsschule und Nachtische gepflegt, jetzt ist bei der Arbeiterbevölkerung eine so rege Veränderung als in Deutschland. Das muß in dieser Zeit einmal deutlich ausgesprochen werden, in der man mit Entsetzen wahrnehmen muß, welche Fortschritte man sich im Auslande über deutsche Verhältnisse macht. Wo gibt es im Auslande ähnliche Einrichtungen für die Arbeiterbevölkerung in gleichem Umfang wie bei uns?

Mit der hohen Stufe der Schulbildung steht auch das große Leseverdauern des deutschen Arbeiters in engstem Zusammenhang. In den alten kulturreichen Frankreich und England hat es die Arbeiterbewegung nur mit Mühe und Not zu einer Tageszeitung gebracht. Warum? Weil sich französische und englische Arbeiter nur schwer dazu verziehen können, regelmäßig eine Zeitung zu lesen, die ihre Interessen vertritt. Wieder geben sie ihr Geld für die Skandal- und Sensationspresse aus; die ist ihnen Bildungsmittel. Wo blieb die alte englische Gewerkschaftsbewegung von der politischen Bewegung ganz abgesehen, weil sie ohne die gewerkschaftliche immer kraftlos blieb, um diesen Zustand zu ändern? Mit wenigen Ausnahmen und die letzteren nur aus letzter Zeit hat man dem Erwerb des Bildungserwerbes innerhalb der englischen Arbeiterklasse gleichgültig gegenüberstanden; so gleichgültig wie auch den Interessen der angelernten Arbeiter, die von jeher in ihrem tiefen Elend seitens etwas von der hilfreichen Hand der mächtigen Trade Unions gepart haben. Alle Vereine einzelner, die das Schicksal dieses Zustandes empfanden, sind an der Jüdischkeit nicht nur der Entschiedenheit, sondern auch der Vorurteilhaftigkeit gescheitert. Die französische Arbeiterbewegung, bei der es nicht anders aussieht, kann wenigstens zu ihrer Entschuldigung sagen, daß sie nie die Mittel besaßen hat, um für Bildungszwecke besondere Ausgaben zu machen.

Daher ist in Deutschland jetzt im Krieg eine wirkliche Kultur zu verteidigen, eine Kultur, an der auch die Arbeiterklasse teilnimmt? Diese Frage muß jeder unbedingt bejahen, der nur einen Blick auf die Einrichtungen wirft, die von der sozialdemokratischen Partei und von den Gewerkschaften geschaffen worden sind. Alle diese Einrichtungen sind in den Dienst der Kulturförderung gestellt, und nicht zuletzt in der Nachbarschaft gerade auf die Verbesserung eines verteilten Wissens gelegt worden. Eine systematische Bildungsarbeit ist begonnen worden, die in den letzten Jahren in vorzüglicher Weise ausgebaut worden ist. Der deutsche Arbeiter hat regelmäßig seine arbeitsfreie Zeit. Das erklärt, daß in Deutschland über 90 sozialdemokratische Tageszeitungen, die in 62 eigenen Druckereien hergestellt werden, stehen; diese Plätter weisen eine Zahl von 1.465.212 hängenden Abonnenten auf. Daneben erscheint die Gewerkschaftszeitung, meist Wochenblätter, in einer Auflage von rund 2½ Millionen.

Für die Jugend, neben und besonders Veranlassungen getroffen. Es bestehen an 200 Orten Lesestundenräume für Jugendliche mit Lesezimmer und Bibliothek. Nach den Geschichtsberichten für die Jahre 1900 bis 1913 lassen für Jugendliche 303.016 Vorträge, literarische Veranstaltungen und Ausübungen durch Arbeiterkassen finden. Daneben wurden Vortragskurse zur Anleitung für die jungen Arbeiter, denen die Leitung der Jugendbewegung anvertraut ist. Das Amt für die Jugendlichen zählt rund 90.000 Abonnenten. Wieviel Anregung, wieviel Belehrung wird hier den jungen Arbeiter gegeben! An 257 Orten liegen Volksausstellungen für die Bildungsberührungen der Erwachsenen, deren Jahreszahl 1913 mit 2.576.500 Wert abschließt. Von diesen Ausstellungen wurden 1.230 Vortragskurse veranstaltet, an denen 165.530 Personen teilnahmen. Einzelne wissenschaftliche Vorträge sind an 206 Orten arrangiert worden, darunter 596 Vorträge mit Lichtbildern. Nach einer sorgfältigen Ermittlung bestanden an 718 Orten 1147 aus den Mitteln der Arbeiterorganisationen unterhaltenen Bibliotheken. Die 323.577 Bücher im Besitz hatten. Im Jahre 1913 wurden für die Bibliotheken 284.557 Mk. ausbezahlt. Die große Prosa- und Literatur, die im Auslande reichlich vorhanden, kann hier nicht aufgezählt werden; aber auch sie ist ein Beweis, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht an der letzten Skandinavien-Gefälle findet, die in England den Markt beherrscht, sondern an einer, wissenschaftlicher Arbeit. Die Werte Zahlen und Werte des Werkes haben in der deutschen Arbeiterbewegung nicht weniger gefunden als im englischen England.

In 120 Arbeitervierteln und 211 Ausnahmestellen wurden den Arbeitern Rat und Hilfe zur Verfolgung ihrer Rechtsansprüche erteilt, und es wurden 1 und 750.000 Auskünfte gegeben. Der Kosten aufwand für die Unterhaltung dieser Institute übersteigt die Summe von 700.000 Mark jährlich. Die sozialdemokratische Parteischule bildet in sechsmonatigen Kursen Leute heran, die ausgerüstet mit den hier erworbenen Kenntnissen, im Dienst unserer Sache tätig sein sollen. An der Art der Ausbildung mag im einzelnen etwas Kritik zu haben sein, auch den Inhalt einzelner Lehrgegenstände mag man beanstanden. Aber der sittliche Ernst und Idealismus, der aus der Veranstaltung selber spricht, steht über jedem Zweifel. (Schluß folgt.)

Der „Daily Citizen“ (Arbeiterblatt) gefällt sich, wenn von den Deutschen die Rede ist, in den schmachvollen Bezeichnungen: Barbaren, Hunnen, räuberische Vanditen usw.

„Das Lachen wollte uns längst nicht glücken!“ Die in diesem „Ingenieurkrieg“ ganz besonders schwierige und opfervolle Tätigkeit der Gemetruppen (Eisenbahner, Pioniere usw.) wird in nachfolgendem Gedicht geschildert, das uns aus Kollegentreifen zugeht:

Eisenbahner im Felde.

War eine wilde Wode gewesen,
Sturmwind führte den Regendesen,
Mühsüchtig und Katsche um Nase und Ohren,
Pfliff durch die Kleider, drang durch die Poren.
Und in der Zinnsut, zum Erdschauern,
Kirchengertippe, zerborstene Mauern,
Rauchende Trümmer zu Bergen geschichtet,
Städte und Dörfer vernichtet, gerichtet!
Trüber ein Steinbruch. — Verzerrte Gesichter,
Aufgegriffenes Spionengesichter.
Kurzes Kommando! Sterbegeheul,
Luer über'n Weg ein blutiger Anlauf.
Batterien im Feuer gebrochen,
Eisen und Holz und Kleider und Knochen.
Und über Märsche und Ungetriebe
Der peitschende Regen, Tage und Nächte.

Wir brausten dahin durch den grauen Wald
Alle zusammenschauernd, kalt.
Nest eingewickelt, Schneiseilen bereit,
Durch Feld und Morast: keine Zeit, keine Zeit!
Ins Nichtal hinunter. Von vier bis fünf Brüden
Nur Pfeilergeröll und gähnende Läden.
Befehl: „In fünf Tagen haben neue zu sehn!
Schneid! Keut! Es muß auch im Regen gehn!“
Pioniere und Eisenbahner zusammen
Suchen und schleppen, hämmern und rammen,
Halten den Regen für Schweißgetraufel,
Sehen aus wie die speckigen Teufel,
Hängen am Ufer und liegen im Wasser,
Werden beim Regen noch kälter und nasser,
Sprechen nicht viel und lachen nicht!
Fünf Tage sind kurz, nichts als die Pflicht! —

Da war kein Gedanke übriggeblieben
Für die fern in der Heimat, die fernem Lieben.
Der einzige Gedanke bei Nacht und Tag:
„Nan an den Feind! Die's kommen mag!
Kein Sinn auf ein anderes Ziel gelenkt,
Keine Zeit, keine Zeit, es drängt, es drängt.
Und kreuz und quer durch den grauen Wald
Alle zusammen, schauernd, kalt.
Das Lachen wollte uns längst nicht glücken,
Die Brüden, die Brüden und nichts als die Brüden!
Der Magen leer und die Glieder schwer,
Koch einmal zum Schluß alle Kräfte her.
Da liegt La Hère an dem gleitenden Fluß,
Und neben der „alten“ aus einem Guß,
Von Ufer zu Ufer, die neue Brücke!
Ein deutscher Weg! Der Weg zum Glück!

• Aus den Stadtparlamenten •

Familienunterstützung der Gemeinden an städtische Arbeiter.

Mainz. Der in Nummer 33 der „Gewerkschaft“ Berichtete Beschluß der Stadtverordneten hat eine Erweiterung erfahren. Die bisher gewährte Hälfte des Lohnes, sofern Minder vorhanden sind, wird bis auf 80 Prozent erhöht. Der Lohn der „nichtständigen“ Arbeiter wurde von 3,30 M. auf 3,60 M. erhöht.

Bernierode. Den Familien der im Felde stehenden Arbeiter wird die Reichsunterstützung durch die Gemeinde um 50 Proz. erhöht.

Jittau. Familienunterstützung. Wenn das Wort: „Eine große Zeit schaut ein groß Weidlich“ auch seine Berechtigung haben mag, auf die Stadtverwaltung Jittau kann man es jedenfalls nicht anwenden. Da Jittau bisher, obwohl es mit zu den reichsten Städten Sachsens zählt, den Familien der eingetragenen städtischen Arbeiter aus städtischen Mitteln noch keinen Zuschuß zur Reichsunterstützung gewährte, sah sich der Arbeiterausschuß veranlaßt zu beantragen, daß mindestens den Frauen 20 Proz. und für jedes Kind unter 15 Jahren 10 Proz. vom Lohn als Zuschuß zur Reichsunterstützung gewährt werde. Dasselbe sollte das Dienstalter oder der Wohnort des Eingetragenen keine Rolle spielen. Dieser Antrag des Arbeiterausschusses war doch wirklich beschwerlich, und man hätte erwarten dürfen, daß die Stadtverwaltung ohne weiteres dem Antrag entsprechen würde. Doch wir hatten das soziale Verstandnis der Jittauer Stadtverwaltung wieder einmal überhätigt. Der letzte Stadtverordnetenrat lag die Beschlüsse des Rates

vor. Demnach soll den Frauen bis zu 25 Proz., den Kindern bis 10 Proz., doch zusammen nicht mehr als 50 Proz. vom Lohn als Zuschuß zur Reichsunterstützung gewährt werden. Bezugsberechtigt sind die Familien derjenigen Arbeiter, die mindestens ein Jahr bei der Stadt beschäftigt waren. Familien der Saison- und Bauarbeiter haben nur Anspruch, wenn sie in den letzten zwei Jahren mindestens 90 Tage bei der Stadt gearbeitet haben. Angehörige lediger Arbeiter erhalten die Unterstützung nur dann, wenn sie nachweisen, daß der Eingezogene sie ganz oder zum größten Teil unterhalten hat. Die Unterstützung beträgt dann bis zu 6 Proz. Ausbilsarbeiter sind von der Unterstützung ausgeschlossen. Die Unterstützung wird neben der Reichsunterstützung nach Maßgabe des Bedürfnisses gewährt. Soweit die Familie durch Vermögenserwerbungen (1), Erwerb oder Zuwendungen von dritter Seite einen Teil des Unterhalts deckt, ist die städtische Beihilfe entsprechend zu kürzen. Die unterstützten Familien müssen nachweisen, daß die Miete richtig bezahlt ist, andernfalls wird ihnen die Miete abgezogen und durch die Stadt an den Hauswirt bezahlt. Natürlich, für den Hauswirt muß in erster Linie gesorgt werden, bilden diese doch die Mehrzahl in der Stadtverwaltung! Diese Beschlüsse des Rates waren selbst dem Stadtverordneten Fabrikbesitzer Jücker zu engherzig. Angenommen sagte er, es herrsche leider ein gewisser Stämmigkeit in der Stadtverwaltung, von dem man sich doch in der großen Zeit freimachen sollte. Und obwohl dieser Fabrikant sich bemühte, alle feindseligen und schändlichen Bestimmungen zu beseitigen, es nützte ihm nichts, die große Mehrheit der Stadtverordneten machte sich die rückständigen Bestimmungen des Rates zu eigen. Man solle die städtischen Arbeiter auch nicht anders bewerten als die übrigen Bürger, meinte Stadtv. Süssig, es könnten doch auch Arbeiter wohlhabende Verwandte haben! Da müßte man schon erst die Bedürftigkeit prüfen. Ins selbe Horn blies sogar Bürgermeister Kietlich. Er sagte: die Prüfung der Bedürftigkeit sei selbst vom Ministerium anerkannt. Die Beamten erhielten das volle Gehalt, weil dies Gesetz sei. Es sei gerechtfertigt sei, ist eine andere Frage. Wenn nun die Stadt etwas tun sollte, was nicht Gesetz ist, dann tue sie eben nur, was notwendig sei. Es gäbe auch Arbeiter, die Vermögen besitzen! Woher der Bürgermeister diese Weisheit hat, ist uns unverständlich. Denn so hoch waren die Löhne der städtischen Arbeiter in Jittau noch niemals, daß sich ein städtischer Arbeiter ein Vermögen hätte erwerben können! So unbefriedigend auch die Beschlüsse sind, so ist das Ergebnis doch immerhin ein Erfolg des Arbeiterausschusses und der hinter ihm stehenden organisierten städtischen Arbeiter!

• Aus unserer Bewegung •

Berlin. Straßeneinigung. Es war einmal ein Wort: „Es gibt keine Parteien mehr“. Das hatte aber der Coer-auffeher vergessen, als er bei einer Verdigung eines unierer Kollegen einen Kranz mit roter Schleife tragen sah. Er lehnte dem Verdigungsbüchse, das zum Teil verarmt war, den Rücken und ver-leid den grauen Ort, wo eine rote Schleife dem schwebenden Kollegen als letzter Gruß dargebracht werden sollte. Rot, rot und wieder rot sticht in Strömen das Blut unierer Brüder auf den Schachtelbäumen zum Schutz und Schutz der Heimat und der Zurückgebliebenen. Rot, Sozialdemokraten stehen ihr rotes Herzblut, ihr Leben, ihr Leben für das Volk. Und zu Danke nimmt man an der roten Karte Anstoß! Man spricht den Aufstehen einen Tadel aus, daß sie wird andere Arbeiter nicht wie der Überausnehmer vor der roten Karte geschlichtet sind. Der Überausnehmer ist uns aus seiner früheren Tätigkeit bei den Wärtterinnen der Bedürfnis-anstalten sehr bekannt geworden. Er ist dort über den Kopf eines Manns heranz. Der Aufheber, der zum Vorträger der un-quadrigen Laune seines höheren Herrn benannt wurde, abermittelte der verarmten Mannschaft den Ausdruck des oberweltlichen Mißfallens. Er führte aus Eigenem noch folgende Interwundige Heuerung hinzu: „So me Schmeimerei, die Parade wird noch alles verderben.“ Die letzte Ehre, die die Kollegen dem Verarmten erwiesen, wurde so mit Schimpfworten besudelt. Der Aufheber hat aber — und das ist das Empörende bei der ganzen Weid-digung — alles andere, als die Verdigung, sich über andere merkwillich zu erheben. Wir können schließlich, daß bei aller Anweisung, die die Beamten der Straßeneinigung gegen unsere Organisation haben, bisher bei ähnlichen Anlässen das Verhalten derselben zu irgendwelchen Mägen Anlaß gegeben hat. Wir hoffen, daß der verheißend geschilderte Akt eine Ausnahme bilden wird und die Anweisung der beiden Herren vollständig der Eigenenfolge zuzuführen war. Wir möchten ihnen empfehlen, sich das Beispiel des belächelten Herrn Oberbürgermeisters Wirsbörner zu Herzen zu nehmen. Dieser wurde dem verarmten sozialdemo-kristischen Stadtverordneten trotz kühnerer roter Schleifen doch die letzte Ehre.

Oreifswald. In den Oreifswalder Zeitungen konnte man in letzter Zeit folgende Anzeige einer leeren „Inventarliste“ Arbeiter lesen: „Städtisches Gaswerk.“ Der Arbeiter wurde nach sich fragen, wie kommt es, daß eine Stadtverwaltung in der jetzigen

Zeit auf diesem Wege Arbeiter suchen muß. Die Gründe sind aber bei der Stadtverwaltung selbst zu suchen. Schon seit Jahren wird den städtischen Arbeitern, die in der Mehrzahl nach Stundenlohn bezahlt werden, im Winter der Lohn gekürzt. Auch bei der im Frühjahr vorgenommenen Lohnregelung wurde dieser Mangel nicht beseitigt. Das Gaswerk hat unter diesen Umständen besonders zu leiden. Es erhalten die Feuerhausarbeiter im Sommer 7-42 Pf., im Winter 32-39 Pf., die Hofarbeiter im Sommer 5, im Winter 30 Pf. pro Stunde. Nachdem nun durch den Ausbruch des Krieges einige dienstaltere Arbeiter zum Militär eingezogen sind, geht es im Gaswerk wie in einem Taubenschlag. Wenn die neuangeworbenen Arbeiter erst die schwere Arbeit kennen lernen, so schütteln sie bald den Staub der Gasanstalt von ihren Hüften und treten in besser bezahlte Arbeit, die zurzeit in Kreiswald reichlich vorhanden ist. Da die Stadtverordnetenversammlung sozialistischer ist, haben die Arbeiter von dieser Seite keine Verbesserung zu erwarten. Nur durch weiteren Ausbau der jungen Ämter unseres Verbandes wird es möglich sein, auch in Kreiswald andere Verhältnisse zu schaffen.

Miel. Zu den wenigen Städten, in welchen durch den Krieg keine größere Arbeitslosigkeit vorhanden, gehört Miel. Der Werkbetrieb ist in voller Tätigkeit. Außerdem arbeiten fast alle für Marinelieferanten tätigen Privatbetriebe mit verstärkter Arbeiterzahl. In unserer Ämter ist durch die zum Kriegsdienst eintretenden 123 Kollegen eine große Lücke entstanden, die wohl wenn der Landsturm auch einberufen werden sollte, noch größer wird. Unsere Quartalsversammlung im vorigen Monat wies einen entsprechend dringenden Bescheid auf. Nach Erledigung direkter Verbandsanliegenheiten, wie die Abrechnung vom 3. Quartal, welche mit einem Massenbestande von 7576,59 M. abschloß, wurde über die hier eingeführte „Kriegsärzter“ berichtet. Die Mittel für diese Unterstützungskasse werden zum weitaus größten Teil von den Arbeitern selbst aufgebracht. Die ledigen Arbeiter zahlen in allen größeren Betrieben 5 Proz., die verheirateten 3 Proz. ihres Lohnes, welcher Betrag vom Arbeitgeber bei der Lohnzahlung im Voraus gebracht wird. Durch diese Keuregelung des Unterstützungswesens ist auch der größte Teil der Verbandsunterstützung für die Familien unserer zum Kriegsdienst eintretenden Kollegen ausgefallen. Die meisten Frauen erhalten dadurch weit mehr als 50 Proz. des Verdienstes ihres Mannes. Die Miel-Ärztler für die Familien der Kriegsteilnehmer dürfte im Vergleich zu anderen Städten als günstig bezichtigt werden. Dies gute Ergebnis ist aber auch nur durch die einmütige Opferwilligkeit der gesamten Miel-Ärzterschaft erreicht worden. Leider hat auch der Krieg einige Kollegen für immer aus unserer Mitte gerissen. Hoffen wir, daß alle übrigen recht bald gesund zu uns zurückkehren.

Lübeck. Am 6. November hielt unsere Ämter eine Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Das Akten der im Felde gefallenen Mitglieder A. Mördner und E. Zählitz wurde durch Erlesen von den Tugen geehrt. Alsdann wurde die Abrechnung vom 3. Quartal verlesen. Sie schloß mit einer Einnahme von 552,59 M. und einer Ausgabe von 552,59 M., so daß ein Nullsaldo bestand von 3674,94 M. verbleibt. Der Mitgliederbestand war am Quartalschluß 381, hiervon sind zum Militär eingezogen 100 Mitglieder. Hierfür wurde der Bericht vom Gewerkschaftshaus gegeben. Zur Deckung des durch den Kriegszustand entstehenden Nachbetrages soll ein Beitrag von 1 M. pro Kopf beigeheuert werden. Nach Entgegennahme des Martellberichts wurden noch unter „Verschiedenem“ einige innere Verbandsangelegenheiten erledigt und von den Anwesenden das Versprechen abgegeben, weiter für das Gedeihen des Verbandes Sorge zu tragen.

Rundschau

Bildung und Aufklärung. Daß auch zur Kriegszeit die Wissenschaft nicht stillstehen darf, hat ein Hollenser Gelehrter uns dieser Tage dadurch praktisch gezeigt, daß er trotz des Krieges eine wissenschaftliche Zeitschrift neu gegründet hat. Ein wissenschaftlicher Stillstand würde eben die gewaltigen Schäden, die der Krieg sowieso schon mit sich bringt, nur noch vermehren, denn der Stillstand würde gleichbedeutend sein mit Rückschritt. Das müssen wir auch für uns beachten, für unsere Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Nur mancher der Unseren hat leider hierin jetzt nicht mehr das alte Interesse. Es ist nur zu natürlich, daß man seine Aufmerksamkeit jetzt in reichem Maße dem Kriege widmet, aber dadurch darf die Bildungsarbeit nicht vernachlässigt werden. Früher glaubte man vielfach, daß bei dem intelligenten Menschen die Größe der Dummheit die Intelligenz ausmache. Jetzt hat man aber erkannt, daß die Größe der Masse keine Rolle spielt - dazu müßte ja der Elefant begabter sein als wir -, sondern daß Wau und Reichaffenheit des Hirns maßgebend sind und daß durch die regelmäßige Übung der Hirnteile die Reichaffenheit des Hirns sich

verfeinert und der Wert steigt. Je regelmäßiger und intensiver die Arbeit des Hirns ist, um so größer ist das Produkt, um so umfassender und tiefer wird also die Bildung. Daher kommt es ja auch, daß so manche Spezialisten auf ihrem kleinen Gebiete so Hervorragendes leisten, weil einseitig der betreffende Hirnteil so gewaltig intensiv tätig ist. Es leuchtet ein, daß wir an unserer geringen Menschen großen Schaden nehmen würden, wenn wir jetzt für die langen Kriegsmonate und vielleicht noch wer weiß wie lange nachher der Bildungsarbeit fernblieben. Unser Hirn würde rüdenwidelt, während es durch ununterbrochene Geistesarbeit immer erdennfähiger wird. Und was bedeutet das? - Der einzelne steht nicht allein. Er ist ein Glied seiner Organisation und durch seine geistige Arbeit ein Stück ihres Hirns, wenn wir die Organisation einmal mit einem großen Organismus vergleichen sollen. So würde durch die Vernachlässigung des Hirns in der Kriegszeit unsere Organisation nach ihrer edelsten Seite hin leiden, sie würde zurückfallen auf ein niederes geistiges Niveau. Und das darf nicht sein, nie und nimmer. Darum ist es unsere Pflicht, auch jetzt zur Kriegszeit, gerade jetzt, Bildungsarbeit zu leisten. Doch damit nicht genug. Die Aufklärungsarbeit hat dazuzukommen. Wenn wir darin nachlassen, so tritt bei unseren Mitmenschen, die uns noch fernziehen, dieselbe Folge ein, die uns bei einem Aussetzen unserer Hirnarbeit treffen würde. Sie würden noch mehr verfallen in der Dunkelheit des Unwissens und doppelt schwer würde es uns später sein, sie für uns zu gewinnen. Nur die regelmäßige geistige Arbeit bringt geistigen Fortschritt, und darum ist es unnatürlich, sie jetzt auszusetzen. Auch in der Kriegszeit dürfen wir nicht vergessen, daß nur Bildung und Aufklärung uns führen zum Lichte der Freiheit, und daß wir um so eher zu diesem Lichte gelangen, je intensiver wir geistig und aufklärend tätig sind.

Wilhelm Wegner. Der Vertreter des dritten Hamburger Wahlkreises im Deutschen Reichstage ist am Sonntag, den 8. November, gestorben. Obwohl er seit Jahren kranklich war und sein Tod daher nicht überraschend eingetreten ist, wird das Hinscheiden des alten tapferen Kämpfers doch von der ganzen deutschen Arbeiterschaft tiefbetrübt empfunden werden. Wilhelm Wegner wurde am 9. Mai 1848 in Regen a. d. D. als Sohn eines Chirurgen geboren. Er besuchte die Volksschule seiner Vaterstadt und erlernte dann das Klempnerhandwerk. Nach mehrjähriger Wanderarbeit ließ er sich in Hamburg nieder, wo er sich der modernen Arbeiterbewegung angeschlossen, für die er bald mit ganzem Eifer und in den vorbesten Reihen tätig war. Schon als Vierundzwanzigjähriger wurde er Vorsitzender des Fachvereins der Klempner in Hamburg, von 1873 bis 1876 wirkte er als Geschäftsführer und Redakteur des Zentralverbandes der Klempner. 1884 trat er in die Redaktion der „Hamburger Bürgerzeitung“ ein, in der er bis zu deren Verbot im Jahre 1887 tätig war. 1888 wurde er Vertrauensmann der Klempner Deutschlands und als solcher im Jahre 1891 Mitbegründer des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Daneben entfaltete er eine rege schriftstellerische Tätigkeit für die Partei und Gewerkschaftspresse. Am „Hamburger Echo“, das aus der „Bürgerzeitung“ nach ihrem Verbot hervorging, wirkte er als Berichterstatter. 1890 wurde er von den Hamburger Genossen in den Reichstag gewählt, dem er bis zu seinem Tode ununterbrochen angehörte. Wegner ist also sowohl für die Partei als auch für den gewerkschaftlichen Zweig der modernen Arbeiterbewegung unermüdet tätig gewesen. Er gehört zu den alten Kämpfern für die Sache des Proletariats, die besonders unter dem Sozialistengefähr der Partei unschätzbare Dienste leisteten. Das Klassenbewußte Proletariat wird daher dem wackeren Kämpfer immerdar ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

Ueber die Angelegenheitenversicherung, die bekanntlich am 1. Januar 1913 in Kraft trat, ist jetzt der erste Geschäftsbericht erschienen. Das Direktorium der neuen Reichsversicherungsanstalt berichtet über die gewaltige Arbeit, die es in der bisherigen ersten Entwicklungszeit zu verrichten hatte. Die Zahl der schriftlichen Eingänge betrug 1.333.730. Von der freiwilligen Versicherung ist nur in einem ganz geringen Umfange Gebrauch gemacht worden. Bis zum Schlusse des Jahres 1913 betrug die Zahl der Versicherten 1.685.097, die Zahl der beitragspflichtigen Arbeitnehmer 312.000. Söbstitens 10 Proz. der überhaupt zur Anmeldung gekommenen Personen wurden von der eigenen Beitragsleistung befreit. Ansprüche auf Ruhegeld können noch nicht gestellt werden. Dagegen ist bereits der Betrag der Hinterbliebenenrenten in einigen Fällen, in denen die Wartigkeit durch Beitragsnachzahlungen ausreichend abgedeckt wurde, praktisch geworden. In diesen Fällen wurden 213 M. an Renten ausbezahlt. Anträge auf Beitragsentlastung aus § 308 des Angelegenheitenversicherungsgesetzes wurden 621 mit der zu erhaltenden Summe von 24.684 M. anerkannt. Anträge auf Beitragsentlastung wurden 10.464 gestellt, von denen 6892 genehmigt wurden. Von diesen betrafen allein 1683 ein Zahnärztverfahren. Die Ausgaben für die Beitragsverfahren betragen 1 1/2 Millionen Mark. Im Jahre 1913 wurden 142 Millionen Mark eingenommen.

Verbandsteil

Weihnachtsunterstützung.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Den vielen an uns Äthalen zugegangenen Anregungen folgend haben wir beschloffen, den arbeitslosen Kollegen sowohl als auch allen Familien der im Felde stehenden Kollegen eine

Weihnachtsunterstützung

zu zahlen. Wir sind überzeugt, daß die Absicht bei allen Mitglieder freundige Zustimmung finden wird.

Die Listen für diese Weihnachtsgabe werden aber sehr erhebliche sein, denn es kommen mindestens 16.000 Unterstützungsempfänger in Betracht. Aus der Kasse hat der Vorstand eine Summe von 100.000 Mt zur Verfügung gestellt. Das reicht jedoch nicht aus, um einen nennenswerten Unterstützungsertrag zu gewähren zu können.

Wir möchten aber den unter der Last der Arbeitslosigkeit leidenden Mitgliedern und den vom Todestraf so schwer dem geachteten Familien unserer Kriegsteilnehmer eine rechte Weihnachtsgabe bereiten. Dabei können uns die Äthale in diesem in die finanziell leistungsfähigeren unter ihnen sich bereit finden, durch ein solidarisches Zusammenwirken auch den bedürftigsten Familien der Keinen und finanziell schwachen Äthale ein nennenswertes Ertrag zu gewährleisten. Wir appellieren deshalb, an die kameradschaftliche Opferwilligkeit und Taten dringend, an den Äthalen den Fonds für die Weihnachtsgabe zu unterstützen.

Wir geben der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß unser Appell in den Äthalen lebhaften Widerhall finden wird.

Über die für den Fonds eingehenden Beträge wird in der „Gewerkschaft“ quittiert werden.

Arbeitslosenunterstützung bei Arbeits Einschränkungen.

In einer Anzahl Gemeinden sind Arbeits Einschränkungen der verschiedensten Art durchgeführt worden. So wird z. B. in einigen Gemeinden an nur drei Tagen in der Woche gearbeitet, während in anderen eine Woche um die andere ausgefällt werden muß. Nach dem Statut, § 17 Abs. 3, wird Arbeitslosenunterstützung aber nur dann gewährt, wenn die Arbeits Einschränkung in einer Woche mehr als drei volle Arbeitstage beträgt. Tagagen muß Mitgliedern, die eine Woche um die andere ausfallen müssen, die Arbeitslosenunterstützung gewährt werden. Um die hierdurch sich ergebenden Ungleichheiten zu beseitigen, haben Vorstand und Aufsicht folgende Aenderung beschloffen:

Im § 17 Abs. 3 wird der Satz: „Bei Arbeits Einschränkung ... gewährt“ für die Dauer des Krieges aufgehoben und durch folgendes ersetzt:

Bei Arbeits Einschränkung wird, nachdem die festgesetzte Strengezeit durch einzelne oder aufeinanderfolgende Tage der Arbeitslosigkeit zurückgelegt ist, für jeden weiteren Tag der Arbeitslosigkeit die hienntensmäßige Arbeitslosenunterstützung gemäß § 14 des Statuts.

Liegt zwischen solchen Arbeitsunterbrechungen eine länger Zeit als 6 Wochen (12 Tage), so geht dem neuen Unterstützungsertrag wieder eine Strengezeit von 6 Tagen voraus. § 20 Abs. 1 des Statuts.

Voraussetzung für den Bezug der Unterstützung ist, daß 52 Wochenbeiträge entrichtet sind.

Die vorstehende Aenderung tritt mit dem 15. November in Kraft. Der Vorstand.

Eingegangene Schriften und Bücher

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt, Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Zinner 6, m. b. H., Berlin SW. 68. Redaktion Dr. Albert Züdemann. Abonnement pro Quartal 3 M., Einzelhefte 30 Pf. Probehefte liefert der Verlag auf Verlangen kostenlos.

Der Neue Welt Kalender für das Jahr 1915 hat u. a. folgenden Inhalt: Malendarium. Pötholisches. Wochentagswerte. Abreisen. - Zeitliches. - Nachrichten. - Reisen und Märkte. August Bebel mit Illustrationen. - Unsere Toten (mit Portraits). Die Kinder Gräbiana von Maria Ribbia. Die Wirkungen des Sports auf den menschlichen Organismus. Von Kurt Vagina (mit Zeichnungen). - Gesunde und Herrschaft. Von Ida Paar (mit Illustrationen). - Unsere Wälder. - Aufsicht macht hartig! Eine lustige Geschichte von Emil Hügel. - Der Panamakanal. Von Hermann Wendel. Die Kultur der Arbeit und ihre

Stätten. Von Hugo Hilig. - Der alte Landstrecker. Erzählung von Paul Eitel. - Liegende Mäler. - sowie zahlreiche Gedichte und Illustrationen. Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg, Rehländstr. 11. Preis 40 Pf.

Was müssen wir von den geschichtlichen Beziehungen Deutschlands zu den kriegsführenden und neutralen Staaten wissen? Daß man sich hierüber die wichtigsten Kenntnisse aneignen sollte, wird niemand bestreiten, der bei Verfolgung der wichtigen, geschichtlichen Umwälzungen, die sich jetzt vollziehen, empfunden hat, wie notwendig ein solches Kenntnis der Geschichte ist. - Gottlob Engelhaas, der bekannte Geschichtsforscher, hat es nun unternommen, in einem kleinen, zu dem billigen Preis von 25 Pf. in jeder Buchhandlung erhältlichen Werk: „Deutschland und die Mächte“ eine Zusammenstellung der geschichtlichen Beziehungen Deutschlands zu den kriegsführenden und neutralen Staaten zu geben, die in kurze, aber inhaltsreiche Kapitel umfaßt. Die Tage, in denen man sich in der Schule geschichtliche Kenntnisse aneignet, sind oft lange vorüber, das Gelernte ist fast vergessen; um so freudiger wird es daher alleinig begrüßt werden, daß hier ein populäres Werkchen erschienen ist, das einem jeden ermöglicht, den großen Fragen unserer Zeit mit tieferem Verständnis gegenüber zu treten. Das nett ausgestattete Büchlein ist im Verlage „Die Lesende“, Stuttgart, erschienen.

Totenliste des Verbandes.

- Heinr. Bind, Frankfurt a.M. (Gartenarbeiter im Gartenhaus) † 11. 11. 1914, 39 Jahre alt.
Joh. Gg. Kieser, Nürnberg (Möbeler/Wasserwerk) † 11. 11. 1914, 53 Jahre alt.
Heinr. Klingforth, Altona (Mechaniker/Gaswerk) † 10. 11. 1914, 43 Jahre alt.
Johann Kübler, Mannheim (Metzger/Arbeiter) † 12. 11. 1914, 64 Jahre alt.
Eugen Kühnel, Breslau (Arbeiter/Gaswerk II) † 5. 11. 1914, 31 1/2 Jahre alt.
Otto Kausch, Henkoll (Arbeiter/Fabrikverwaltung) † 8. 11. 1914, 34 Jahre alt.
Otto Sailer, München (Zimmerer/Manufaktur) † 5. 11. 1914, 49 Jahre alt.
Konr. Schapperle, Mühl. i. G. (Tagelöhner/Gaswerk Mathausen) † 8. 11. 1914, 53 Jahre alt.
Wilh. Vogelsang, Hamburg (Gaswerk III) † 9. 11. 1914, 50 Jahre alt.
Ludwig Weimer, Heidelberg (Kubmann/Städt. Abfuhranst.) † 21. 10. 1914, 40 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- Karl Adam, Kaiserslautern (Gasarbeiter) am 29. September gefallen.
Paul Gawenda, Berlin (im Alter von 26 Jahren in Rußland gefallen.
Wilh. Grune, Cöthen i. Anh. am 12. November im Lazarett zu Deutsch Eylau gestorben.
Emil Hacker, Hamburg (Mechaniker) im Alter von 23 Jahren im Osten gefallen.
Georg Heindl, Bamberg (nicht Bamberg, wie in Nr. 44) a. 12. 10. 14 i. Alter v. 20 J. gef.
Georg Koch, Heidenheim am 27. September, 27 Jahre alt. i. Frankreich im Lazarett gef.
Wilh. Kresken, Düsseldorf am 2. Nov. i. Alter von 35 J. bei Arras (Frankreich) gefallen.
Hermann Kub, Berlin am 29. Oktober 1914 im Alter von 35 Jahren gefallen.
Eugen Lichter, Gebweiler (Elektr. Arbeiter) im Alter von 24 Jahren im Felde gefallen.
Johann Meisch, Mannheim am 23. Oktober im Alter von 23 Jahren im Felde gefallen.
Erich Münzer, Pöbneck am 28. Oktober, im Alter von 24 J. bei St. Mihiel gefallen.
Jakob Nerpel, Heilbronn (Lehrer) im Alter von 38 Jahren gefallen.
Arthur Pinner, Hamburg am 29. Oktober im Alter von 26 Jahren in Frankreich gefallen.
Gustav Ronis, Hamburg am 4. November im Alter von 26 Jahren in Frankreich gefallen.
Karl Scholl, Heilbronn (Gasarbeiter) im Alter von 29 Jahren gefallen.
Fritz Wulke, Breslau (Gasarbeiter) am 9. November im Alter von 26 Jahren gefallen.

Ehre ihren Andenken!

Verlag, in Vertretung des Verlegers der Gemeinde- und Staatsbibliothek, Berlin, Wilhelmstr. 11, Buchverlag, 24. Aufl. - Bornsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zinner & Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 3.